



PRESSEKONFERENZ

mit

Markus ACHLEITNER

Wirtschafts- und Energie-Landesrat

Dr. Wolfgang URBANTSCHITSCH, LL.M.

Vorstand des Energieregulators E-Control

zum Thema

**Aktuelles zur Energieversorgung in Oberösterreich & Österreich
Ergebnisse der 6. Sitzung des OÖ. Landes-Energielenkungsbeirates**

am

Mittwoch, 27. November 2024

OÖ. Landhaus, Brauner Saal, 12.00 Uhr

Rückfragen-Kontakt

- Michael Herb, MSc | Presse LR Achleitner | +43 664 600 72 15103 | michael.herb@ooe.gv.at
- Mag. Bettina Ometzberger | Presse E-Control | +43-1-24 7 24-202 | bettina.ometzberger@e-control.at

Medieninhaber & Herausgeber

Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Kommunikation und Medien
Landhausplatz 1 | 4021 Linz
Tel.: (+43 732) 77 20-114 12
landeskorrrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

Wirtschafts- und Energie-Landesrat Markus ACHLEITNER: Umstieg auf erneuerbare Energieträger und Ausbau der Netzinfrastruktur weiter beschleunigen

Im Hinblick auf den bevorstehenden Winter und die Entwicklungen rund um die russischen Gaslieferungen an die OMV hat das Thema Energieversorgung einmal mehr besondere Aktualität gewonnen, gerade auch für das Wirtschafts- und Industriebundesland Oberösterreich mit seiner Vielzahl an energieintensiven Betrieben. Da die Themen Energieversorgung und Energiepreise auch wichtige Wettbewerbsfaktoren sind, hat Oberösterreich als Wirtschaftsstandort Nr. 1 der Republik dazu auch klare Erwartungen an die künftige Bundesregierung, die auch entsprechend in die derzeit laufenden Regierungsverhandlungen eingebracht werden. *„Vor diesem Hintergrund habe ich für heute wieder den OÖ. Landes-Energielenkungsbeirat einberufen. Gemeinsam mit den wichtigsten Energieversorgungsunternehmen sowie Interessensvertretungen in Oberösterreich haben wir über aktuelle energiepolitische Fragen beraten. Erfreulicherweise hat auch E-Control-Vorstand Wolfgang Urbantschitsch meine Einladung zur Teilnahme an dieser Sitzung wieder angenommen. Er hat den aktuellen Status der Energieversorgung in Österreich beleuchtet – mit einem besonderen Fokus auf die Gasversorgung und die Energie-Infrastruktur“*, betont Wirtschafts- und Energie-Landesrat Markus Achleitner.

Energieversorgung – aktueller Status

- Die Versorgung mit Erdgas ist auf Grund eines Speicherstand von mehr als 90% diesen Winter gesichert.
- Trotz des angekündigten Lieferstopps der Gazprom, kommt derzeit weiterhin Erdgas aus Russland in Österreich an. Ab 1. Jänner 2025 soll jedoch kein russisches Erdgas mehr über die Ukraine geliefert werden.

„Diese Entwicklung verlangt nach einem noch schnelleren Umstieg auf erneuerbare Energieträger sowie auf einen raschen Ausbau der Netzinfrastruktur – sowohl bei elektrischem Strom als auch beim Wasserstoff. Gerade für unser Bundesland mit seiner CO₂-intensiven Industrie sind ein breiter Mix aus erneuerbaren Energieträgern und eine moderne und leistungsfähige Netzinfrastruktur entscheidende Schlüsselfaktoren, um den Wirtschaftsstandort OÖ noch zukunftsfitter auszurichten“, unterstreicht Landesrat Achleitner.

Umsetzung der Energiewende in Oberösterreich auf Hochtouren

„Aktuelle Daten der Statistik Austria und erste Auswertungen aus der OÖ. Energiebilanz 2023

zeigen, dass die Umsetzung der Energiewende in Oberösterreich auf Hochtouren läuft“, erklärt Landesrat Achleitner:

- Bei der erzeugten Menge an erneuerbarer Energie ist Oberösterreich im Bundesländervergleich gemeinsam mit Niederösterreich an der Spitze.
- Beim Anteil von erneuerbarem Strom weist Oberösterreich einen Rekordwert von rund 89% auf.
- Auch andere Erneuerbare Energien boomen in Oberösterreich: plus 4% bei Biomasse, plus 70% bei PV (jeweils erzeugte Energiemenge)
- Der Energieverbrauch ist in Oberösterreich 2023 um 4% gesunken: Der Industrieverbrauch ist um 3% gesunken, der private Verbrauch um 6 %; auch der Stromverbrauch ist in Oberösterreich um 4% gesunken.
- Energieimporte sinken um 19%.
- Fossile Energieträger werden in Oberösterreich substituiert: Der Ölverbrauch ist um 4% zurückgegangen, der Gasverbrauch um 9% – das führt zu einer Reduktion der öö Treibhausgasemissionen um 5%.

Versorgungssicherheit durch Ausbau der Gas- und Wasserstoff-Infrastruktur

- Ein weiterer essentieller Schritt zur Versorgungssicherheit ist das Projekt WAG-Loop. Aktuell lassen die technischen Kapazitäten einen Jahresimport von 185 TWh Gas via Deutschland und Italien in unser Marktgebiet zu.
- Wenn der erste Teil des WAG-Loops (West-Austria-Gasleitung) fertiggestellt wird, steigt die Importkapazität aus Deutschland und Italien auf 212 TWh pro Jahr.

„In diesem Zusammenhang ist es unerlässlich, dass sich die bestehende Bundesregierung dafür einsetzt, dass die deutsche ‚Gasspeicherumlage‘ wie vereinbart tatsächlich mit 1. Jänner 2025 gestrichen wird. Es bedarf dazu eines Beschlusses im deutschen Bundestag. Das Ende der Ampelkoalition in unserem Nachbarland gibt jedoch Anlass zur Sorge, dass dieser Beschluss nicht zeitgerecht erfolgt“, betont Landesrat Achleitner.

Die Streichung der Gasspeicherumlage auf Ministerebene zwischen Deutschland und Österreich ist bereits am 30. Mai 2024 beschlossen worden. Die rechtliche Umsetzung ist jedoch bislang ausgeblieben, der erforderliche Beschluss im Bundestag ist noch nicht erfolgt. Im Rahmen der Landesenergiereferent/innen-Konferenz im Juni dieses Jahres ist daher auf Initiative Oberösterreichs ein sofortiges Ende dieser Umlage gefordert worden.

Oberösterreich treibt mit seiner Wasserstoff-Offensive 2030 die Transformation des Energiesystems am Standort voran. So hat Oberösterreich mit der Steiermark und Kärnten ein

gemeinsames Wasserstoff Valley der drei Industrie-Bundesländer initiiert. Dieses hat sich erfreulicherweise EU-weit gegen zahlreiche Bewerber durchgesetzt: Die Verhandlungen mit der EU über eine Startförderung von 20 Mio. Euro laufen. Diese Startförderung soll ab Anfang 2025 die Umsetzung von Investitionen in Höhe von 578 Mio. Euro in die regionale Produktion und Nutzung von grünem Wasserstoff für eine nachhaltigere Industrie ermöglichen. Bis 2028 sollen in diesem Wasserstoff Valley 17 Projekte in 48 Unternehmen umgesetzt werden.

Das bundesländerübergreifende ‚Wasserstoff-Valley‘ ist aus drei Gründen einzigartig:

- Erstens ist es das einzige Wasserstoff-Valley Europas mit Fokus auf Industrieanwendungen wie grünen Stahl, Chemie, Zement und Kalk.
- Zweitens zeigt es vor, wie eine zentrale Binnenland-Lage mit smarten Systemen auch ohne Offshore-Wind grünen Wasserstoff wettbewerbsfähig bereitstellen und nutzen kann.
- Drittens ist die Zusammenarbeit von drei Bundesländern in diesem Umfeld ebenso ein Novum.

„Sechs der Projekte mit einer Investitionssumme von 385 Millionen Euro werden in Oberösterreich durchgeführt. Diese Projekte im Rahmen des Wasserstoff-Valleys sind ein weiterer konkreter Umsetzungsschritt unserer OÖ. Wasserstoff-Offensive 2030“, hebt Landesrat Achleitner hervor.

„Dazu ist es von entscheidenderer Bedeutung, die bestehenden Erdgas-Infrastruktur für Wasserstoff umzurüsten, anstatt diese rückzubauen. Denn Ziel muss es sein, die Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit für die heimische Wirtschaft und energieintensive Industrie sicherzustellen – zum einen durch die Infrastruktur am Standort Oberösterreich selbst, aber auch durch internationale Allianzen“, unterstreicht Landesrat Achleitner.

Klare Erwartungen Oberösterreichs an die künftige Bundesregierung

„Die Versorgung mit ausreichend und leistbarer Energie ist nicht nur für die Bevölkerung, sondern gerade auch für die heimischen Betriebe von zentraler Bedeutung. Daher gibt es ganz klare Erwartung Oberösterreichs als Wirtschafts- und Industriebundesland Nr. 1 an die künftige Bundesregierung“, stellt Landesrat Achleitner fest.

Schnellere Verfahren ermöglichen – „Beweislastumkehr“ und „Aus für Einspruchstourismus“:

„Die Umsetzung des Projektes ‚Sichere Stromversorgung Zentralraum OÖ‘ ist ein wichtiger Meilenstein für die Versorgungssicherheit in Oberösterreich und die Dekarbonisierung der Industrie. Allerdings hätte der Spatenstich schon viel früher stattfinden können, wenn es nicht

durch die Einsprüche einer Bürgerinitiative eine Verzögerung gegeben hätte. Das UVP-Verfahren für den Versorgungsring konnte in 16 Monaten abgewickelt werden. Durch die Einsprüche einer Bürgerinitiative dauerte es aber nochmals 16 Monate, bis das Bundesverwaltungsgericht die UVP-Genehmigung in zweiter Instanz bestätigt hat. Hier ist die nächste Bundesregierung ganz klar gefordert, für eine Beschleunigung der Umsetzung von Stromleitungsprojekten zu sorgen. Konkret muss die künftige Bundesregierung eine Beweislastumkehr sowie Regelungen gegen ‚Einspruchstourismus‘ beim Netzausbau umsetzen“, so Landesrat Achleitner.

- Im Mittelpunkt steht eine Beweislastumkehr, wie sie auch bei der Gewerbeordnung auf der Basis eines Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofs vollzogen worden ist: Es soll in Zukunft nur noch im Ausnahmefall, bei einer ‚nachweislichen Gefährdungslage‘, eine aufschiebende Wirkung zuerkannt werden können. Eine entsprechende Aufforderung an den Bund haben die Energie-Landesrät/innen der Bundesländer im Rahmen ihrer Konferenz in Tirol im Oktober 2023 einstimmig beschlossen.
- Ebenso soll die nächste Bundesregierung sicherstellen, dass Mitwirkungsrechte auf tatsächlich betroffene Anrainer beschränkt bleiben und „Einspruchstourismus“ verhindert wird. Dazu hat es eine einstimmige Aufforderung der Wirtschafts-Landesrät/innen-Konferenz an den Bund im Mai dieses Jahres in Kärnten gegeben.

Ausbau erneuerbarer Energien beschleunigen:

- Erforderlich ist weiters ein mit den Bundesländern abgestimmtes Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetz zur Umsetzung der Vorgaben der EU-Erneuerbaren-Richtlinie RED III für alle erneuerbaren Technologien (zB rechtliche Verankerung eines „überragenden öffentlichen Interesses“ für Erneuerbaren-, Speicher- und Netz-Projekte).

Förderrahmen für Ökostrom:

- Änderungen im Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz, wie zB keine naturschutzrechtlichen Zusatz-Auflagen für bereits als ökologisch verträglich bewilligte Kraftwerke und zB mehr Förderung von Speicher- und Pumpspeicherkraftwerken

Elektrizitätswirtschaftsgesetz:

- Rasche Beschlussfassung und Umsetzung eines Elektrizitätswirtschaftsgesetzes für zB neue Anwendungsmöglichkeiten (dynamische Einspeisebegrenzung, bidirektionales Laden, Weiterentwicklung von EEGs etc) und zB Unterstützung von Netzausbauplänen und deren Umsetzung

Speicherung von Strom für bedarfsgerechte Versorgung:

- Erarbeitung einer österreichischen Stromspeicherstrategie mit ausreichend Speicherkapazitäten und Ausbauplänen; keine Netzgebühren für Stromspeicher

Energie-Förderprogramme:

- Planbare, stabile, wirkungs- und anwendungsorientierte Energie- und Forschungsförderprogramme

Gas/Wasserstoff:

- Schaffung eines praxistauglichen Rechtsrahmens, der Planungs- und Investitionssicherheit für den Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur ermöglicht.
- Finanzierungsmodelle mit staatlichen Zuschüssen für den Wasserstoff-Infrastrukturaufbau.
- Praxistaugliches Erneuerbaren-Gas-Gesetz, um das heimische Biomethanpotenzial zu erschließen.

Konsequenter Ausbau der E-Fahrzeuge Ladeinfrastruktur:

- Ausbau der Ladeinfrastruktur weiter vorantreiben, um den Umstieg auf Elektrofahrzeuge zu erleichtern (sowohl öffentliche als auch private Ladepunkte), zB Änderung des Bundesstraßengesetzes, um wettbewerbsorientierte LKW E-Ladestellen entlang der Autobahnen zu ermöglichen.

Anpassung des Bundes-Mineralrohstoffgesetzes (MinroG) für Tiefe Geothermie:

- Duldungspflicht beim Durchbohren/Durchleiten von Wasser ab einer Tiefe von 300m, Tiefengeothermie im Mineralrohstoffgesetz als Energierohstoff anführen.

Gesetzliche Pelletsbevorratung:

- Pelletsbevorratungsgesetz: zB je 5% der von den Marktteilnehmern im jeweiligen Vorjahr in Österreich in Verkehr gebrachten Menge sollen als saisonale und als strategischer ganzjähriger Vorrat im Inland vorgehalten werden (analog zB zu Erdöl-Bevorratungsgesetz und zu den Regelungen zur strategischen Gasreserve)

Dr. Wolfgang URBANTSCHITSCH, LL.M., Vorstand E-Control
Versorgungssicherheit in Österreich auch ohne
russische Gaslieferungen gesichert

Die aktuelle Versorgungssituation

Am 16. November hat die Gazprom Export ihre Gaslieferungen an die OMV Gas Marketing und Trading eingestellt. An der Situation bei der Versorgungssicherheit hat sich dadurch aber auch bisher nichts geändert: es kommt nach wie vor Gas nach Österreich, wird von Händlern gekauft, alle Kund/innen werden normal weiterversorgt und die Speicher sind sehr gut gefüllt. Der Speicherstand beträgt knapp 92%, das sind fast 93 TWh (Stand 20. November). Die Versorgungssicherheit in Österreich ist also nach wie vor gewährleistet.

Und auch wenn ab 1. Jänner 2025 über die Ukraine kein Gas mehr aus Russland geliefert wird – der Transitvertrag läuft mit Jahresende aus – ist die Versorgung der heimischen Kund/innen trotzdem gesichert. Denn dann werden vermehrt Gasimporte aus Deutschland und Italien erfolgen. Für den Import aus Italien stehen seit dem 1.10.24 95 TWh/a Transportkapazität zur Verfügung, aus Deutschland 90 TWh/a. Der Jahresverbrauch in Österreich betrug im Jahr 2023 75 TWh. Diese Kapazitäten sind also ausreichend, um die Versorgung sicherzustellen. Dazu kommt, dass sich Gasversorger in Österreich auf eine Situation mit reduzierten Gasflüssen vorbereiten mussten. Zum einen müssen sie die Erfüllung des Versorgungsstandards gegenüber der E-Control nachweisen. Zum anderen mussten die großen Gasversorger Versorgungssicherheitskonzepte für den Ausfall des größten Lieferanten entwickeln und bis 1.10.2024 der E-Control vorlegen, was sie auch getan haben. Diese Konzepte werden von der E-Control derzeit noch analysiert und die Ergebnisse im Laufe des Dezembers veröffentlicht.

Höhere Belastungen für Strom- und Gaskund/innen

Auch wenn die Versorgung der heimischen Kund/innen weiterhin gesichert ist, kommen auf diese ab Jänner höhere Belastungen bei Strom und Gas zu. Zum einen steigen die Netzentgelte an, zum anderen werden die Elektrizitätsabgabe sowie die Erneuerbaren Förderbeiträge und Pauschalen ab Jänner wieder eingehoben und die Stromkostenbremse läuft mit Jahresende aus. Die Stromnetzentgelte steigen in Oberösterreich um etwa 25%, das sind knapp 70 Euro pro Jahr, die Gasnetzentgelte in Oberösterreich steigen um rund 29%, das sind etwa 100 Euro pro Jahr.

Dass die Netzentgelte steigen, liegt bei Strom vor allem an den stark steigenden Investitionen

in das Netz – nicht zuletzt durch den großen Ausbau bei den Erneuerbaren - und an einem Rückgang beim Verbrauch. Und da vor allem im Haushaltsbereich. Durch die fehlende Leistungskomponente ist der Tarif der Netzebene 7 vorrangig mengenabhängig und daher müssen diese Mindermengen abgedeckt werden. Denn der Netzbetreiber hat das Recht, seine Mindererlöse abgegolten zu bekommen. Bei Gas gibt es ebenfalls einen Rückgang bei der Abgabemenge – immer mehr Konsument/innen ersetzen zum Beispiel ihre Gasheizung durch andere Heizungsformen, die Industrie verbraucht auch weniger Gas – die Kosten für die Erhaltung des Gasnetzes verteilen sich daher auf weniger Netznutzer/innen und für diese steigen dann die Kosten.

Die Elektrizitätsabgabe, die während der Krise auf das gesetzlich mögliche Minimum von 0,1 Cent/kWh abgesenkt war, würde ab Jänner wieder 1,5 Cent/kWh betragen. Wie hoch die Erneuerbaren Beiträge sein werden, steht noch nicht fest.

Lieferantenwechsel hilft beim Sparen

Bei den Netzentgelten und den Steuern und Abgaben haben Konsument/innen keine Wahlmöglichkeit. Umso wichtiger ist es daher, dass sie ihr Recht auf einen Wechsel des Strom- oder Gaslieferanten nutzen und sich so bares Geld sparen. Mit dem Tarifkalkulator der E-Control unter www.tarifkalkulator.at ist dies schnell und unkompliziert möglich. Und die Ersparnisse können sich sehen lassen. In Oberösterreich sind bei Strom inklusive Neukunderabatte bis zu 550 Euro Ersparnis im ersten Jahr möglich, bei Gas sind es ebenfalls knapp 550 Euro. Vor allem durch den Wegfall der Stromkostenbremse ist ein Vergleich mit dem aktuellen Strom- oder Gastarif empfehlenswert.